

Tarifforderungen setzen Signal. Beschäftigte nicht für Mangel büßen lassen!

Belastungen steigen, Personal fehlt.

Die Kolleg*innen in den Verwaltungen der Städte und Gemeinden bewältigen die Auswirkungen von Krieg, Energiekrise und Klimawandel. In Wohngeldstellen, Jobcentern, Jugend- und Schulämtern, Hoch- und Tiefbauämtern, in der Verkehrsüberwachung, den Umweltämtern und in nahezu allen anderen Verwaltungen wachsen die Aufgaben. In den Sozialbereichen steigt die Zahl hilfsbedürftiger Menschen weiter an. Zugleich herrscht im Öffentlichen Dienst ein enormer Arbeitskräftemangel.

Nur mit deutlich verbesserten Einkommens- und Arbeitsbedingungen können die Städte und Gemeinden im Wettbewerb um Arbeitskräfte mithalten.

Tarifforderungen setzen richtiges Signal!

Die allgemeine Teuerung mag sich 2024 verlangsamt haben, aber das heißt nicht, dass die Preise sinken! Im Gegenteil: Die Preiserhöhungen der letzten Jahre bestehen fort und steigen nur langsamer als in den Vorjahren.

Dass alles teuer ist, ist in der Haushaltskasse zu spüren: Mieten, Versicherungen, Kleidung, Essen – ein halbes Pfund Butter kostet beim Discounter im Durchschnitt 2,39 Euro (Oktober 2024) – und schon wird ein Kinoabend oder ein Zoobesuch mit der Familie zu einem Extra, das ausfällt. Eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und der Besoldung ist notwendig, und dafür setzen wir uns in der Tarifrunde ein!

Alle Forderungen findest du hier:
zusammen-geht-mehr.verdi.de



Kassenlage der Kommunen wird gemacht.

Die Einnahmeseite der Städte und Gemeinden ist durch die Kommunen selbst nur in geringem Maße zu beeinflussen. Bund und Länder sind in der Pflicht. Wenn durch Bundesgesetze die Steuereinnahmen gesenkt werden, hat das Auswirkungen auf die Kommunen. Dass durch Änderung von Steuergesetzen weniger Geld in die öffentlichen Kassen eingeht, darf nicht dazu benutzt werden, die berechtigten Forderungen der Beschäftigten als „leider nicht umsetzbar“ hinzustellen. Die Kassenlage ist auch selbst gemacht, und die politisch Verantwortlichen müssen hier die Weichen anders stellen: Hohe Einkommen, Vermögen und finanzstarke Unternehmen müssen stärker steuerlich herangezogen werden.

ver.di fordert eine stabile Finanzierung der Kommunen. Hier gibt es mehrere Wege: Erhöhung des kommunalen Anteils an den Gemeinschaftssteuern, Übernahme von Kosten aus Bundesgesetzen durch den Bund, gerechte Steuerkonzepte und viele andere. Sie sollten genutzt werden.

Zeit, für unsere Forderungen einzutreten.

Die geforderten 8 Prozent Lohnerhöhung, mindestens aber 350 Euro mehr im Monat, 200 Euro mehr für die Nachwuchskräfte und die Erhöhung von Zulagen und Zuschlägen können wir nur gemeinsam erreichen. Denn nur mit dir und den Kolleg*innen aus Bau- und Wirtschaftsämtern, aus Wohngeld- und Zulassungsstellen, aus Ämtern für öffentliche Sicherheit und Ordnung, aus Jobcentern, Museen, Theatern und Umweltämtern – kurz: aus allen Bereichen der Verwaltung der Städte und Gemeinden – haben wir die Kraft, unsere Forderungen vereint durchzusetzen.

Für unsere Tarifforderungen einzutreten, lohnt sich!
Noch nicht dabei? mitgliedwerden.verdi.de